



## Angriff auf den Staat und psychische Lasten

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Warum wird ein Mensch eigentlich Landesvorsitzende/-r einer Organisation, wie sie die GdP Thüringen ist? Für meine Person kann ich sagen, dass verschiedene Faktoren zu meiner Entscheidung führten, mich für die Funktion des Landesvorsitzenden zur Wahl zu stellen. Keine Sorge, das wird hier nicht meine Biografie, dafür reicht erstens der Platz nicht und zweitens ist die Zeit dafür noch nicht reif. Warum beginne ich diese Kolumne aber eben mit dieser Frage? Ich will es euch gerne erklären.

Vor dem 1. Mai versuchten bisher unbekannte Personen Einsatzfahrzeuge der Bundespolizei und einen Tag später Einsatzfahrzeuge der Thüringer Bereitschaftspolizei in Brand zu stecken, einen weiteren Tag später gibt es einen Brandanschlag auf ein Fahrzeug, nur ein Grundstück neben dem der Landesgeschäftsstelle der GdP Thüringen. Nein, ich sage nicht, dass dieser Brand und die versuchten und vollendeten Brandanschläge in einen Zusammenhang stehen, weil es bisher keinen Täter gibt, damit die Motivlage nicht geklärt ist und uns keine Beweise für einen Tatzusammenhang bekannt sind. Das sind die Fakten.

Den Medien waren die versuchten Brandanschläge auf Fahrzeuge der Polizeien des Bundes und des Freistaates Thüringen nur eine Randnotiz wert, dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMiK) sowie der gesamten Thüringer Landesregierung nicht mal das. Diesen Fakt hat die GdP Thüringen in einer Pressemitteilung kritisiert und hier schließt sich der Kreis. Da fällt einem ehemaligen GdP-Mitglied zu dieser Pressemitteilung nichts anderes ein, als seine persönliche Situation in den Vordergrund seiner Argumentation zu stellen und zu meinen, er wüsste alle Wahrheiten. Andere Beiträge zu unserer Pressemitteilung, die mich auf verschiedenen Kanälen erreichten, waren zum Teil so arm, dass ich hier in unserer Zeitung dazu Stellung beziehen möchte.

Ich bin Landesvorsitzender der GdP Thüringen und zurzeit möchte ich nichts anderes sein. Ich habe kein Par-

teibuch, keins, und das ist allgemein bekannt. Damit sind Aussagen, ich wäre ein CDUler, für mich ein Signal von Argumentationsarmut. Dass der Vorsitzende der GdP Thüringen, neben der Vorsitzenden des, upps, den Namen darf ich ungestraft nicht mehr aufschreiben, und der DPoIG Thüringen Mitglieder im Arbeitskreis Polizei der CDU Thüringen sind, macht weder die eine noch die anderen automatisch zu CDUlern. Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral, das lebe ich. Gewerkschaften sind aber nicht unpolitisch, das lebe ich auch. Okay, eine Organisation im Thüringer Landtag hat da echt nichts von, aber das ist gerade nicht Thema.

Daraus folgt, dass eine Gewerkschaft immer alle ihr offenstehenden Kontakte und Kanäle nutzen wird, um ihren Forderungen und Ideen politischen Nachdruck zu verleihen. Dass es r2g ist, das von uns aufgefordert wird, sich zu versuchten und vollendeten Brandanschlägen gegen die Polizei zu positionieren, hat nichts damit zu tun, dass die GdP Wahlkampf für die CDU betriebe, es hat etwas damit zu tun, dass r2g formal unser Arbeitgeber ist und es als solcher wortlos hinnimmt, wenn versucht wird, Fahrzeuge der Polizei in Brand zu stecken. Ein Versuch des TMiK, einen Vergleich zwischen brennenden Flüchtlingsheimen und Brandanschlägen auf Fahrzeuge der Polizei als Argumentationshilfe für eben keine Stellungnahme zu diesen in die Debatte einzuführen, ist mal wieder ein Nachweis für den Instinktverlust des obersten Pressesprechers des Hauses.

Ich gebe zu, ihr wisst jetzt immer noch nicht genau, was meine persönlichen inneren Gründe waren, mich zur Wahl als Landesvorsitzender zu stellen. Wessen ihr euch aber sicher sein solltet ist, dass ich mich immer, mit allen Möglichkeiten, die mir als Landesvorsitzendem zur Verfügung stehen, für die Belange der Beschäftigten der Polizei und des Thüringer Justizvollzuges einsetzen werde, unabhängig davon, welche Farben die regierungstragenden Parteien gerade haben. Das wäre eigent-

lich ein schönes Ende für diesen Text, aber es gibt da noch etwas, das mich die Tastatur noch etwas bearbeiten lässt.

Ich habe gerade etwas lesen dürfen, das mich im Zusammenhang mit den Ergebnissen unserer Beschäftigtenbefragung sehr nachdenklich macht. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass rund 94% unserer Beschäftigten in irgendeiner Art und Weise psychisch belastet sind. Das ist eine Zahl, bei der, wenn man sie liest, erschrickt und doch scheint man gerne wieder zur Tagesordnung überzugehen. Die GdP tut das natürlich nicht und unsere Mitglieder helfen uns, am Ball zu bleiben. Meiner Ansicht nach muss der Dienstherr, mit dem Blick auf die Ergebnisse unserer Beschäftigtenbefragung, ernsthaft darüber nachdenken, das Angebot an psychologischer Betreuung für die Beschäftigten in der Thüringer Polizei deutlich zu erhöhen. Es muss in jede Dienstgruppe und jede noch so kleine Organisationseinheit hineingetragen und gelebt werden, dass psychologische Betreuung psychologische Erkrankungen verhindern kann. Es muss von uns allen gelebt werden, dass das Annehmen von Hilfe kein Zeichen von Schwäche, sondern vielmehr ein Zeichen von Stärke ist.

Wenn aber die einzige Psychologin der Thüringer Polizei seit einiger Zeit erkrankt ist, stellt sich natürlich die Frage: „Wo erhält man eigentlich Hilfe? Hier muss umgehend gehandelt werden, mindestens eine weitere Stelle im psychologischen Betreuungsbereich muss, auch zur Entlastung der vorhandenen Psychologin, unmittelbar besetzt werden. On top braucht es jemanden, der unabhängig von den betreuenden Psychologen/-innen notwendig werdende psychologische Gutachten anfertigt. Niemand kann mehr die Augen davor verschließen, dass die Gefahr, an einem psychologischen Befund zu erkranken, heute in der Thüringer Polizei nicht kleiner ist, als sich einen physischen Befund einzufangen.

Bis zum nächsten Monat.

**Euer Kai**



# „Schön, dass ihr für uns da seid!“

1. Mai 2018 in Thüringen

Mit den o. g. Worten begrüßten Kollegen aus Nordrhein-Westfalen am 1. Mai 2018 unser Erfurter Betreuungsteam der GdP Thüringen, als wir mit unserem Gespann – die Gulaschkanone war wieder im Einsatz – vor dem Thüringer Landtag in die Johann-Sebastian-Bach-Straße einfuhren. Die Kollegen verharnten schon mehrere Stunden in diesem Bereich, einem Teil der Aufzugsstrecke der NPD-Versammlung, und nahmen dankend einen Kaffee zu sich. Und dann kam sie, die Frage: „Und was habt ihr Schönes in eurer Gulaschkanone?“ Hunderte von Wiener Würstchen waren es! Beim Verzehr dieser konnten wir dann wieder ein wenig Zufriedenheit in den Gesichtern der Kollegen erkennen.

Neben den Kollegen aus Nordrhein-Westfalen kamen anlässlich der Veranstaltungs- und Versammlungslagen zur Walpurgisnacht und am 1. Mai 2018 Einsatzkräfte aus Niedersachsen, der Bundespolizei und natürlich unsere Thüringer Kollegen zum Einsatz. Neben der Bereitschaftspolizei waren das

insbesondere die Kollegen der Einsatzzüge der ESU, aber auch wieder des Bildungszentrums und der Thüringer Verwaltungsfachhochschule. Schwerpunkt in diesem Jahr waren die Wartburgstadt Eisenach aufgrund einer AfD-Versammlung und der DGB-Kundgebung und natürlich die Landeshauptstadt Erfurt mit der DGB-Versammlung und dem Familienfest auf dem Anger sowie der NPD-Aufzug, an

dem mehrere Hunderte Personen teilnahmen. Dieser führte verständlicherweise zu einigen Gegenversammlungen, sodass ein entsprechender Ansatz an polizeilichen Einsatzkräften erforderlich war.

Auch wenn wir an der einen oder anderen Stelle lobende Worte über die dienstlich bereitgestellte Einsatzverpflegung vernehmen konnten, Wiener Würstchen mit Senf oder Ketchup wa-



Team Erfurt



Team Eisenach



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Auenstraße 38 a  
99089 Erfurt  
Telefon: (0361) 59895-0  
Telefax: (0361) 59895-11  
E-Mail: [gdp-thueringen@gdp.de](mailto:gdp-thueringen@gdp.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Edgar Große (V.i.S.d.P.)  
Telefon: (01520) 8862464  
E-Mail: [edgar.grosse@gdp.de](mailto:edgar.grosse@gdp.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-2828



EINSATZBETREUUNG

ren der Reißer. „Ohhh ja, Kaffee!“, so schallte es den Betreuungsteams entgegen, wenn die Kollegen unser Gespann erblickten. Sei es aufgrund kurzzeitiger Ermüdung oder weil unsere Kollegen einfach nur „Kaffeevernichtungsmaschinen“ sind, wir mussten nochmal Kaffee kochen!

Und ja, wir haben nicht jeden von euch erreichen können. Einige von euch meldeten sich telefonisch oder per WhatsApp an und trotzdem fanden wir nicht den Weg zu euch. Dies tut uns leid! Aber gerade in Erfurt mit einer mobilen Einsatzlage „stört“ dann doch auch mal das GdP-Betreuungsteam mit seinem Fahrzeug im Einsatzgesche-

hen. Aber wir versprechen euch, bei jedem derartigen Einsatz unser Bestmögliches für eine gewerkschaftliche Einsatzbetreuung zu tun.

Den Worten des Landespolizeiführers, der von „polizeilich wirklich gut gelaufen“ sprach, möchten wir uns anschließen. Es hat uns viel Spaß gemacht, für unsere Kollegen vor Ort sein zu können und sie für einige Momente vom dienstlichen Stress ablenken zu können. Besonders erfreut waren wir, als uns zwei Kollegen fragten: „Was muss ich tun, um euch beim nächsten Einsatz unterstützen zu können? Ich finde das einfach großartig, was ihr hier macht!“

Ähnlich die Situation beim zweiten Betreuungsteam. Nachdem das Auto beladen und Kaffee gekocht war, fuhren die Betreuer in den Einsatzabschnitt Eisenach, um die eingesetzten Kräfte mit Kaffee, Tee, Obst, Müsli- und Schokoriegeln, Eis und den neuesten Infos zu versorgen. Die Einsatzkräfte wissen es zu schätzen und freuen sich immer wieder, wenn das GdP-Einsatzbetreuungsfahrzeug um die Ecke kommt!

„Herzlichen Dank an beide Betreuungsteams. So macht Gewerkschaftsarbeit Spaß und das auch an einem Feiertag“, so GdP-Chef Kai Christ nach Abschluss des Einsatzes. **Thomas Müller**



Die Einsatzteams waren immer herzlich willkommen.

Fotos: Müller/Bernsdorf



# Man muss uns unsere Arbeit auch machen lassen

Festrede von Stephan J. Kramer, Präsident des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Kai Christ,

herzlichen Dank für Ihre Einladung zu Ihrer Veranstaltung in Oberhof. Ihr Landesdelegiertentag steht diesmal unter dem Motto „Mit Sicherheit für Sicherheit!“

Bevor ich aber zum Inhalt meines Redebeitrages komme, möchte ich die Gelegenheit nicht versäumen, Dir, lieber Kai, und natürlich den übrigen Vorstandsmitgliedern ganz herzlich zur Wiederwahl bzw. zur Wahl zu gratulieren und alles Gute für die weitere Arbeit zu wünschen.

Als Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes hat für mich die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen Sicherheitsbehörden eine besondere Bedeutung. Daher habe ich von Beginn meiner Amtszeit an immer wieder das Gespräch mit verschiedenen Polizeibehörden und insbesondere auch mit der GdP gesucht. Und als Mitglied der GdP fühle ich mich hier und heute im Kreis der Delegierten, bei meiner Gewerkschaft, besonders wohl!

Meine Erfahrungen der letzten zweieinhalb Jahre haben mir immer wieder gezeigt, dass der regelmäßige Dialog auf Augenhöhe und geprägt von gegenseitigem Respekt, zwischen Vertretern der Polizeien und der Nachrichtendienste unverzichtbarer Bestandteil, ja Voraussetzung für das Funktionieren der Sicherheitsarchitektur, auch in Thüringen, ist. Hierbei geht es nicht um „Kumpaneie“, sondern professionelle Zusammenarbeit, auch mit Blick auf das „Trennungsgebot“.

Dass die Zusammenarbeit während des NSU ganz besondere und fatale Defizite hatte, will ich dabei nicht unter den Teppich kehren, sondern vielmehr zum Ansporn nehmen, es gegenwärtig und künftig besser zu machen. Wir spielen in derselben Mannschaft und mit demselben Ziel, wenn auch mit unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und teilweise Befugnissen. Für Konkurrenzgehabte, Überheblichkeit und Eifersuchtswettbewerb ist da kein Platz!

Polizeien und Nachrichtendienste stehen auch bei uns in Thüringen vor bekannten, aber auch vor neuen Herausforderungen, die uns in unserer täg-

lichen Arbeit auf unterschiedlichste Art und Weise beanspruchen. Keine Sorge, ich werde jetzt nicht den klassischen Lagevortrag zur aktuellen Bedrohungslage zum Besten geben. Wer könnte diese tägliche Bedrohungslage besser einschätzen als Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen? Nein, das wäre dem heutigen Anlass nicht angemessen und ich will meine knapp bemessene Redezeit sinnvoll nutzen.

Jenseits unserer gemeinsamen Aufgabe als Angehörige der Sicherheitsbehörden sind wir alle auch einfach Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die sich zuweilen mit den gesellschaftlichen und politischen Fragen des Alltags kritisch und sorgenvoll beschäftigen und dazu gehört auch die Frage nach der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit in einer offenen, demokratischen Gesellschaft.

Die Gefahren, denen sich unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft heute gegenübersehen, sind vielfältig. Die Öffnung der Grenzen, veränderte Informations- und Kommunikationsstrukturen, und ein von Mobilität und Technisierung geprägter gesellschaftlicher Wandel bedeuten für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf der einen Seite ein nie gekanntes Maß an Freiheit, Freizügigkeit und Komfort.

Auf der anderen Seite ist eine umfassende und konsequente Weiterentwicklung der Sicherheitsstrategie und Sicherheitsinstrumente erforderlich, um den ebenfalls bestehenden, mit dieser Entwicklung einhergehenden Herausforderungen angemessen zu begegnen. Dass wir dort erheblichen Nachholbedarf haben und die Politik als „Entscheider“ leider allzu oft ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, will ich hier klar und deutlich aussprechen. Ich erwähne die Stichworte personelle Ausstattung, Führsorge, Aus- und Fortbildung, technische und finanzielle Ausstattung und natürlich auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere für den Schutz der Kolleginnen und Kollegen im Dienst.

In den letzten Jahrzehnten ist in Thüringen in jedem dieser Bereiche für die Sicherheitsbehörden kräftig gespart worden. Erst in jüngster Zeit ist eine Trendwende zu erkennen. Von teilweise fehlender Wertschätzung und Anerkennung will ich gar nicht spre-

chen, denn dann heißt es wieder, wir sollen aufhören zu „weinen“ und unsere „Job“ machen.

Die GdP hat sich vehement und teilweise auch erfolgreich gegen diesen Abwärtstrend gestemmt. Nicht nur für die Polizei, sondern auch den Verfassungsschutz. Diese Aktivitäten für mehr Sicherheit in Thüringen verdienen von meiner Seite aus besonderen Dank und Anerkennung. Aber sie dürfen sich auch gerne selbst Beifall spenden, meine Damen und Herren!

Wer heute sein Land, seine Bürgerinnen und Bürger sowie seine Unternehmen gegen die Sicherheitsrisiken der Informations- und Wissensgesellschaft schützen will, der wappnet sich gegen nationalen und internationalen Terrorismus und brutalsten Extremismus, gegen international organisierte Kriminalität, staatlich organisierte Desinformation und Destabilisierung aus dem Ausland und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auch der Schutz kritischer Infrastrukturen, die Cybersicherheit und die Abwehr bzw. Bekämpfung der Wirtschafts- und Industriespionage spielen eine immer größere Rolle, werden aber immer noch unterschätzt. Auch in Thüringen!

Die Sicherheit im Innern zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe des demokratischen Rechtsstaates. Hierauf gründet ein wesentlicher Teil seiner Legitimation. Sicherheit wird in den heutigen vernetzten Gesellschaften darüber hinaus mehr denn je zum Indikator von individueller und kollektiver Freiheit und damit Lebensqualität.

Uns muss klar sein, dass die Feinde der offenen Gesellschaft mitten unter uns sind; seien es Rechtsradikale, die Asylantenheime mit Molotowcocktails bewerfen, und die sie unterstützenden Gruppen, Parteien oder Menschen; seien es jene, die nach einer autoritären Regierungsform rufen oder die Demokratie als Gesellschaftssystem und den Rechtsstaat und sein Gewaltmonopol gänzlich infrage stellen, wie übrigens auch die linksextremistischen Anarchisten und Autonomen.

Der Extremismus stellt eine besondere Gefahr für die freie Gesellschaft dar, weil er seinen jeweiligen Standpunkt, seine jeweilige Ideologie, der Gesellschaft mit Gewalt aufzwingen will. Um jedoch eine freie Gesellschaft



## 8. LANDESDELEGIERTENTAG

zu bleiben und vor allem Sicherheit in Freiheit für die Bürger zu gewährleisten, ist es nötig, den unterschiedlichen Formen des Extremismus eine klare Abfuhr zu erteilen.

Nicht umsonst besagt das bekannte Diktum: die Weimarer Republik ist nicht an der Vielzahl der Nazis, sondern an der ungenügenden Zahl der Demokraten gescheitert, die für die Freiheit nicht auf die Straße gegangen sind. Wir haben es ganz aktuell mit unterschiedlichen Formen des Extremismus in Deutschland zu tun: Islamismus, Rechts- und Linksextremismus, aber auch Ausländerextremismus.

Auf das Konto radikaler Islamisten geht eine Kette brutaler Terroranschläge in ganz Europa zurück. Die unheilvolle Kette von grausamen und brutalen Terroranschlägen hat auch Deutschland erreicht und ist für uns alle hier scheinbar zur neuen Normalität geworden.

Mit den Anschlägen liefern die Terroristen den blutigen Beweis, dass sie die Drohung, nämlich den Kampf gegen die angeblichen Feinde des Islam in deren Heimat zu führen, wahrmachen. Mehr als 5000 Europäer sind bisher nach Syrien in den Kampf für den IS gezogen, darunter auch rund 800 aus Deutschland. Etwa 10 000 Salafisten, die den Islam besonders konservativ und zugleich militant interpretieren wollen auch in Deutschland einen islamischen Gottesstaat errichten. In Thüringen schätzen wir die aktuellen Zahlen auf 200 Islamisten und davon rund 170 Salafisten. Die Gefährder belaufen sich auf einen kleinen zweistelligen Betrag. Immer mehr Kinder werden als potentielle Terroristen missbraucht. Ich warne an dieser Stelle vor Zahlenspielen und davor die tatsächliche Gefahr herunterzuspielen. Gleichzeitig mahne ich uns alle zu differenzieren zwischen der Bedrohung durch den islamistischen Terror und tausenden von Muslimen, die auch in Thüringen ihre Heimat sehen und friedlich hier leben.

Der Islamismus ist aber bei weitem nicht die einzige Form des Extremismus, der unsere freie Gesellschaft bedroht. Rund 25 000 Menschen gehören nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Deutschland zum rechtsextremen Spektrum. Von den 22 471 rechtsextremistischen Straftaten waren 1600 Gewalttaten.

Das sind keine bloßen Zahlen auf dem Papier. In den letzten Monaten haben wir alle erlebt, wie Dachstühle von

Asylunterkünften brennen oder Menschen und Häuser mit Flaschen und Steinen angegriffen werden. Wir müssen erleben, wie Wahlkreisbüros von Parteien beschädigt und Fenster eingeschlagen werden. Politiker, Richter und öffentlich Bedienstete werden immer öfter angegriffen und teilweise mit Morddrohungen überzogen.

Aber auch die linksautonome Szene wird immer gewalttätiger. Rechtsfreie Räume dieser Szene haben sich längst in allen deutschen Großstädten gebildet. Von hier planen sie Demos und



Stephan J. Kramer

Foto: Große

Gewaltorgien mit Verletzten und abgeackelten Fahrzeugen. Hier werden Polizisten mit Pflastersteinen beworfen, mit Pyrotechnik und Waffen beschossen und nicht „nur“ Verkehrsaufseher regelmäßig verprügelt.

Bei den Linksextremistisch motivierten Straftaten von 5230 waren es 1200 Gewalttaten in 2016. Da sind die Gewaltorgien anlässlich G-20 im letzten Jahr noch gar nicht berücksichtigt. Der ehemalige Berliner Innensenator sprach vor zwei Jahren von „Terroraktionen“, nachdem ein Mob zwei Nächte in Folge randalierend durch die Straßen zog und wahllos Autos abfackelte. Das sind längst nicht mehr nur Bilder aus Berlin, sondern auch aus anderen deutschen Großstädten. Immer häufiger richten sich die Exzesse aber auch gegen Menschen. Standen einst „nur“ Ordnungshüter, „Spekulanten“ oder Rechtsradikale im Fadenkreuz der Szene, sind inzwischen selbst Politiker von SPD, Grünen und Linken nicht mehr sicher. „Viele der Autonomen sind eher auf der Suche nach einem Bürgerkriegserlebnis, nach dem Kick der Gewalt, als nach politischen Veränderungen“, bringt es ein Extremismus-Experte auf den traurigen Punkt.

Heute, mehr denn je, muss sich unsere freie Gesellschaft gegen Extremisten wehren. Dafür gibt es viele Mittel und viele Wege, die nicht etwa alternativ zueinander, sondern im Verbund benutzt werden müssen: kompromisslose Beachtung der demokratischen Spielregeln im politischen Leben, Toleranz und Respekt in der politischen Auseinandersetzung, politische Bildung, Vermittlung demokratischer Werte und Abwehr des Extremismus bereits im Schulwesen, eine freie und unabhängige Presse. Das sind einige Zutaten für einen wirksamen Cocktail der Gegenmaßnahmen!

Wenn wir uns zwischen Sicherheit und Freiheit entscheiden müssen, dann heißt dies nicht entweder oder, sondern sowohl als auch! Eine Gesellschaft bzw. ihre einzelnen Angehörigen können aber nur soweit frei sein, wie sie die tatsächliche Möglichkeit haben, ihre demokratischen Rechte auszuüben. Deswegen ist in einer demokratischen Gesellschaft das Begriffspaar Freiheit und Sicherheit keineswegs ein Gegensatz. Ein solcher Gegensatz existiert nur in Diktaturen, wo die Sicherheit des Staates gegen die Freiheiten der Bürger geschützt werden muss. Die Folge ist Unterdrückung. Ein Extremfall der Machtübernahme durch Extremisten.

In einer freien Gesellschaft hingegen benötigt der Bürger Sicherheiten. Man stelle sich nur vor, ein Gotteshaus werde durch Terroristen bedroht, vom Staat aber nicht genügend geschützt. Die Angehörigen der jeweiligen Religionsgemeinschaft trauen sich nicht mehr ihren Gottesdienst aufzusuchen. Wo bleibt da das Recht auf Religionsfreiheit? Oder wenn liberale Bürger in einer Kleinstadt durch Neonazis so eingeschüchtert werden, dass sie aus Angst um sich selbst oder ihre Kinder lieber schweigen? Wo bleibt da das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die Beispiele ließen sich mehren.

Daher sollten in einer demokratischen Gesellschaft Politik, Behörden und Bürger eigentlich am selben Strang ziehen, wenn es darum geht gegen Extremisten zu kämpfen. Gewiss, man muss sich dabei auch kritisch gegenseitig beobachten. Die Bürger wollen sicherstellen, dass übereifrige Behörden keinen gläsernen Bürger schaffen. Die Sicherheitsbehörden müssen hingegen angemessen personell und materiell ausgestattet werden und auch das nöti-

Fortsetzung auf Seite 6



## 8. LANDESDELEGIERTENTAG

Fortsetzung von Seite 5

ge Vertrauen spüren, um einen wirksamen Beitrag zur Sicherheit und damit Freiheit für uns alle leisten zu können. Selbstverständlich ist dabei: Vertrauen fällt nicht vom Himmel, sondern muss mühsam erarbeitet werden! Im Verfassungsschutz umschreibe ich das aktuelle Misstrauen wie folgt: Die Bürger trauen uns nicht, aber sie trauen uns alles zu!

Die Mehrheitsgesellschaft, wie auch unser Rechtssystem und unsere Sicherheitsbehörden müssen wirkungsvoller gegen diejenigen vorgehen, die unsere demokratische Ordnung zerstören wollen. Und wenn ich von Rechtssystem spreche, dann meine ich auch die Gerichte und ihre Rechtsprechung.

Die Behörden haben die Verpflichtung, Extremisten und Verfassungsfeinde unter Kontrolle zu halten, gerade damit die gesetzestreu, die verfassungskonformen Bürger ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen können und nicht nur theoretisch dürfen. Aber, sage ich, man muss uns auch unsere Arbeit machen lassen! Daraus ergibt sich ein gewisses nicht einfaches aber doch schlüssiges Konzept, demzufolge die Abwehr des Extremismus nicht das Recht, sondern die Pflicht der Gesellschaft wie des Staates ist.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch so vieles zu sagen, zur Flücht-

lings- und Migrationspolitik und dem erlebten Staatsversagen, zur Misere der Bildungspolitik, oder zur konzeptionslosen Sicherheitspolitik, zu Europa, zu Armut und sozialen Missständen, vor allem Kinderarmut und nach 27 Jahren Einheit immer noch fehlender Anerkennung und Wertschätzung von ostdeutscher Lebensleistung in unserer heutigen Bundesrepublik, aber meine Redezeit ist nun um und ich habe Ihre Geduld und Aufmerksamkeit schon viel zu lange in Anspruch genommen.

Lassen Sie mich schließen mit einigen „Worten zum Nachdenken“, Worten unseres 2006 verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau, anlässlich seiner Rede zum Gedenken an die Opfer des Amoklaufs am Guthenberg-Gymnasium, vor dem Dom zu Erfurt am 3. Mai 2002. Worte zum Nachdenken, die nichts an ihrer Aktualität verloren haben:

„Wir leben miteinander und kennen uns häufig nicht. Wir gehen miteinander zur Schule oder zur Arbeit und wir kümmern uns oft nicht um den anderen. Wenn unsere Gesellschaft zusammenhalten soll, wenn unsere Familien, unsere kleinen Gemeinschaften, unsere Schulen, unsere Betriebe, unsere Vereine zusammenhalten sollen, dann müssen wir uns umeinander kümmern. Wir brauchen zweierlei: Wir müssen einander achten und wir müssen aufeinander achten. Wir müssen einander

achten: Niemand darf abgedrängt werden, niemand darf an einen Punkt kommen, an dem er glaubt, sein Leben sei nichts wert, weil er in einem bestimmten Bereich nur wenig leisten kann, weil er ‚nichts bringt‘, wie man so sagt. Kein Mensch kann leben ohne Zuwendung, ohne Geborgenheit, ohne Liebe. Jeder ist wertvoll durch das, was er ist, und nicht durch das, was er kann.

Wir müssen aber auch aufeinander achten: Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn unsere Freunde, unsere Schulkameraden, unsere Kinder, unsere Kollegen nicht mehr mitkommen, wenn sie Wege gehen, die ins Abseits führen, wenn sie aus der Wirklichkeit in die Scheinwelten von Drogen oder elektronischen Spielen flüchten. Aufeinander achten, das heißt, einander mitnehmen, füreinander da sein. Alle Menschen sind beeinflussbar - und junge Menschen ganz besonders. Zum Guten wie zum Bösen. Wir sind verführbar. Unser Handeln hat manchmal Ursachen, die wir selber nicht kennen. Es gibt im menschlichen Handeln aber keinen Automatismus von Ursache und Wirkung. Es gibt eine letzte Verantwortlichkeit des Einzelnen für das, was er tut. Es stimmt: Welche Ziele und Vorbilder wir angeboten bekommen - davon hängt vieles ab. Es stimmt aber auch: Welche Ideale wir selber wählen und mit anderen teilen - auch davon hängt vieles ab.“

### AUS DEN KREISGRUPPEN

## Vertrauensleutesitzung in Erfurt

**Erfurt (tm). Nach der Neuwahl des Vorstandes der Kreisgruppe Erfurt fand am 11. April 2018 die erste Sitzung der Vertrauensleute in der neuen Legislaturperiode statt. In der Landesgeschäftsstelle trafen sich zwölf aktive GdPler, die sich für die kommenden vier Jahre für die Betreuung ihrer Kollegen in den Dienststellen einsetzen wollen.**

Der Schwerpunkt der Beratung lag natürlich bei den im Mai stattfindenden (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels für die GdP hoffentlich erfolgreich verlaufenen) Personalratswahlen. Wieder einmal stellte sich die Frage: Wie können wir die Wahlbeteiligung, insbesondere der Mitglieder der

GdP in unserer Kreisgruppe, steigern und sie zur Wahlurne bewegen?

In diesem Zusammenhang keimte auch Kritik auf. Immer wieder stellen sich Mitglieder die Frage: Was tut eigentlich meine Gewerkschaft, der Personalrat für mich? Hierauf kann geantwortet werden: Die Gewerkschaft der Polizei versucht durch immer wieder geführte Gespräche mit der Thüringer Politik und den polizeilichen Verantwortungsträgern bestehende Probleme in der Thüringer Polizei anzupacken, zu lösen und dadurch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Polizei herbeizuführen.

An dieser Stelle soll insbesondere auf die Mehrung der Einstellungszahlen und die in den letzten Jahren doch zu erkennende Verbesserung der per-

sönlichen (Schutz-)Ausrüstung der Thüringer Kollegen verwiesen werden. Die anwesenden Erfurter Vertrauensleute waren sich dieser Erfolge bewusst. Einig war man sich aber auch darüber, dass gewerkschaftliche Erfolge zukünftig besser „verkauft“ werden müssen. Die Mitglieder sollen wissen, was die GdP macht! Dies erfordert eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt tätigte der Kreisgruppenvorsitzende Gunnar Niewöhner Ausführungen zum 8. Landesdelegiertentag. Neben den mittlerweile bereits durch Info-Flyer des Landesvorstandes bekannt gemachten Wahlergebnissen des Delegiertentages wurden die Anträge an den Landesdelegiertentag angesprochen. Diese spiegeln einen Teil der gewerkschaftlichen Arbeit für die



AUS DEN KREISGRUPPEN

kommenden vier Jahre wider. Von den über fünfzig Anträgen soll hier nur auf einige verwiesen werden, das Personalentwicklungskonzept, die Wertschätzung des (Wechsel-)Schichtdienstes, die Verbesserung von Bekleidung & Ausrüstung, die Erhöhung der Dienstkleidungsunterstützung und des Kleidergeldes, die Anschaffung von Einsatzfahrzeugen als „mobiles Büro“, die Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten oder die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes. Alle sollen uns dem gewerkschaftlichen Ziel „Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ näherbringen. Und dazu brauchen wir eine starke Gemeinschaft unserer Mitglieder.

In einer offenen Diskussionsrunde tauschten sich die Anwesenden über die anstehenden Einsatzbetreuungen im Jahr 2018, insbesondere am 1. Mai, und zu den kommenden gewerkschaftlichen Veranstaltungen wie der Blau-



Vertrauensleute im Gespräch

Foto: Rothe

licht-Milieu-Party am 4. 5. 2018 oder dem Sommerfest am 25. 8. 2018 aus. Nach ein paar Tassen Kaffee und leckerem Kuchen endete die Sitzung der Vertrauensleute nach einer zweistündi-

gen Beratungsrunde mit dem Konsens, dass sie ihren Kollegen aktiv mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen. Dazu die Bitte an die Mitglieder: Sprecht uns an!

JUNGE GRUPPE



Partyimpressionen

Fotos: Hoyer





# Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen in ...

## ... Sachsen-Anhalt

Die Verbesserung der Erkennbarkeit der Funkstreifenwagen und damit die Erhöhung der Sicherheit der eingesetzten Kollegen/-innen war für die GdP schon immer Anspruch. Infolge dessen hat die GdP 2007 bis 2008 ein Projekt mit vielen Partnern aufgelegt. Das Ergebnis kann sich in der Tat auf den Straßen Sachsen-Anhalts sehen lassen.

Ab 2011 werden alle Streifenwagen im „Magdeburger Design“ durch die Polizei beschafft. Grundsätzlich sind die FuStW mit einer silbernen Grundfarbe und einer blauen Kontrastfarbe versehen. Um den Kontrast deutlich zu verstärken, wird eine weitere Farbe (Leuchtgelb) als fluoreszierende Tagesleuchtfarbe bzw. in einer kombinierten fluoreszierenden und reflektierenden Folie verwendet. Die Leuchtwirkung wird durch Anregung mit UV-Licht verstärkt, sodass von dieser eine hohe Signalwirkung ausgeht.

Die Höhe der retroreflektierenden Folien soll je nach Fahrzeuggegebenheiten 30, 40 oder 50 mm betragen. Im Bereich der Kotflügel vorn und hinten sind je vier Längsstreifen im Winkel von 60° in gleicher Farbe anzubringen. Die Streifen sind in doppelter Breite der verwendeten Querstreifen auszuführen. Der seitliche Streifen einschließlich der retroreflektierenden Folien ist möglichst auf der Fahrzeugrückseite fortzusetzen. Diese Farbgebung hat sich in den letzten Jahren zuverlässig bewährt und sollte auch so beibehalten werden.

Gleichzeitig sollten alle Einsatzfahrzeuge mit energiesparenden Tagfahrleuchten und über Sondersignalanlagen mit LED-Lichttechnik verfügen. Dazu sollten blaue Frontblitzer, roter LED-Anhalte-Flash und das akustische Anhaltesignal „Yelp“ zur Unterstützung des Anhaltevorgangs mittlerweile im Sinne der Verbesserung der Erkennbarkeit der Funkstreifenwagen auch zum Standard gehören. Näheres dazu gibt es auf der Internetseite der GdP Sachsen-Anhalt.

**Uwe Petermann**

## ... Thüringen

Die Ausstattung der Thüringer Polizei mit colorierten FStW erfolgt auf Grundlage der Anforderungen der „Technischen Richtlinie (TR) Funkstreifenwagen“ des PTI der DHPol. Ziel ist die beste Erkennbarkeit bei Tag und Nacht sowie ein einheitliches Erscheinungsbild der Einsatzfahrzeuge. Als FStW kommen handelsübliche Personenkraftwagen zum Einsatz. Die Fahrzeuge werden zur Inanspruchnahme von Wegerechten besonders ausgestattet und sind eindeutig als Polizeifahrzeug erkennbar. Durch das Anbringen besonderer optischer und akustischer Merkmale/Einrichtungen ist die Erkennbarkeit insbesondere bei Dunkelheit und bei eingeschränkten Sichtverhältnissen gegeben. Seit Dezember 2006 sind in Thüringen die Fahrzeuge mit spezieller Folie (blau) beklebt, ober- und unterhalb der Folie ist eine retroreflektierende Konturmarkierung in Form von Rechtecken, sogenannten „Gaps“ angebracht. An den vorderen Türen und am Heck ist der Schriftzug „POLIZEI“ und an den hinteren Türen das Hoheitszeichen angebracht. Weitere Merkmale sind Fliegersichtzeichen, Dachbalkenanlage, eine blaue LED-Rundum-Kennleuchte, Frontblitzleuchten, zweisprachige Anhaltesignalgeber vorn und hinten, Zusatzblinkleuchten im Dachbalken sowie Heckwarnleuchten blau, seitlich wirkende Umfeldebeleuchtung und elektronische Tonfolgeanlage (Einsatzhorn). Neben diesen für alle FStW gültigen Merkmalen sind die Streifenwagen der Autobahnpolizei zusätzlich mit gelber Chevronfolierung zur besseren Erkennbarkeit gekennzeichnet. Durch die zunehmende Aufgabenvielfalt und der gesteigerten Komplexität der technischen Ausstattung sind die Anforderungen an den FStW gestiegen. Die fortschreitende Entwicklung von Kommunikationsmitteln wie Laptops, Tablets und Smartphones sowie die Diskussion um künftige Motorisierungen (Elektromobilität) werden auch in der Thüringer Polizei den Arbeitsplatz FStW verändern.

**Monika Pape**

## ... Sachsen

Die Verbesserung der Erkennbarkeit von Einsatzfahrzeugen, insbesondere von Funkstreifenwagen der sächsischen Polizei, beruht auf Beschlüssen der Innenministerkonferenz. Bereits im Jahr 2001 ging es u. a. um die Einführung einer ausschließlich der Polizei vorbehaltenen Signalfarbe für das Rundumlicht bis hin zu reflektierenden Folien. Die Technische Richtlinie (TR) Funkstreifenwagen (FStW) regelt „die weitgehend einheitliche werkseitige Vorrüstung ... und die einheitliche Gestaltung des äußeren Erscheinungsbildes ...“. In der Vergangenheit (bis April 2014) waren alle Streifenwagen mit Blaulicht und Martinshorn sowie einer optischen Lichtschrift auf dem Dach ausgerüstet. Seit Mai 2014 wird die Fahrzeugflotte der sächsischen Polizei Zug um Zug ausgetauscht und im Straßenbild durch auffällig gelbfolierte und im Dunkeln fluoreszierende Streifenwagen besser sichtbar. Gleichzeitig werden seit diesem Zeitpunkt schrittweise die neuen interaktiven Funkstreifenwagen eingeführt. Dabei wird seit Dezember 2017 auch auf größere Dienstfahrzeuge vom Typ VW Passat Variant umgestellt und damit bessere sowie zweckmäßige Rahmenbedingungen geschaffen. So können die Beamten bei Anhaltekontrollen im Straßenverkehr auf ein weiteres optisches Anhaltesignal (rotes Blinklicht) und ein zusätzliches akustisches Anhaltehorn zurückgreifen. Der Name des schrillen Signaltons ist „Yelp“. In der sogenannten Lichtbrücke auf dem Dach der Streifenwagen sind weitere Neuerungen feststellbar. So sind auch dort blaue Zusatzblitzlichter nach vorn und orangefarbenes LED-Warnlicht nach hinten eingebaut, damit die Fahrzeuge im Einsatz noch besser wahrgenommen werden. Was bringt die Zukunft? Klar ist, einen Stillstand wird es nicht geben. Bereits jetzt wird unter Leitung des Polizeitechnischen Instituts (PTI) mit der Fortschreibung der TR Funkstreifenwagen begonnen. Die Fertigstellung wird 2019 erwartet.

**Torsten Scheller**

